

Informationen aus dem Landtag

April 2020



**GRÜN.
KOMMT**





Liebe Freundinnen und Freunde, wir schreiben dieses Editorial am 22. März 2020; das neue Corona-Virus „SARS-CoV-2“ hat Ende Februar 2020 Nordrhein-Westfalen erreicht und inzwischen unser aller Leben komplett verändert. Wir unterstützen die getroffenen Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, die derzeit noch exponentiell steigende Kurve abzufachen. Aktuell laufen die Vorbereitungen des Gesundheitssystems noch auf Hochtouren und wir wissen um die übermäßige Belastung, die auf die Krankenhäuser zukommen wird. Wir hoffen, dass die notwendigen Einschränkungen bei Erscheinen dieser Ausgabe der GRÜN.KOMMT Wirkung gezeigt haben und die Ausbreitung der Pandemie sich verlangsamt hat. Aber auch dann wird unser Gesundheitssystem übermäßig stark belastet bleiben. Darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger hat für uns oberste Priorität. Wir wollen als Grüne im Landtag von NRW in dieser historischen Krise staatspolitische Verantwortung übernehmen und unterstützen daher die Landesregierung. Gleichzeitig sehen wir uns auch in der Pflicht, auf Defizite hinzuweisen und konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Lage einzubringen. Auch die enormen Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, auf die soziale Infrastruktur und die psychische Gesundheit großer Teile der Bevölkerung müssen jetzt durch Rettungsschirme und Stärkung der Versorgungsstrukturen aufgefangen werden.

Beeindruckend und berührend sind die vielen Gesten der Solidarität und Hilfsbereitschaft zum Beispiel unter Nachbarinnen und Nachbarn. Unser Dank gilt all denjenigen, die derzeit unsere Versorgung und unsere Infrastruktur aufrechterhalten: Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger in den Kliniken und den Arztpraxen, die unter höchster Belastung arbeiten. Die hauptamtlich und ehrenamtlich Engagierten im Katastrophenschutz und in den Hilfsorganisationen. Diejenigen, die unsere Versorgung mit Arzneimitteln in den Apotheken oder mit Lebensmitteln in den Supermärkten sicherstellen. Die Müllentsorger*innen, Straßenbahn- und Busfahrer*innen, Erzieher*innen in der Notbetreuung und viele andere mehr.

Wir wünschen Euch und allen in dieser besonderen Zeit viel Kraft!

Wir wünschen Euch und allen in dieser besonderen Zeit viel Kraft!

Monika Düker und Arndt Klocke
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

Inhalt

Aufnahme von Geflüchteten	----- 3
Update für den Denkmalschutz	--- 3
Corona-Pandemie in NRW	----- 4
Konsequent gegen Rechts	----- 6
Fraktion von Ort	----- 6
Enquetekommissionen	----- 7

KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

GEFLÜCHTETE AUFNEHMEN



Die Lage an der türkisch-griechischen Grenze und in den Hotspots auf den griechischen Inseln ist eine humanitäre Katastrophe und darf nicht länger hingenommen werden. Die Öffnung der Grenze zur EU ist eine zynische Erpressungstaktik von Präsident Erdogan und das Aussetzen des Rechts auf Asyl durch die griechische Regierung ist klar zu verurteilen. Schutzsuchende Menschen dürfen nicht zum Spielball politischer Machtinteressen werden.

Neben den fatalen hygienischen und medizinischen Bedingungen bleibt vielen Geflüchteten in Griechenland der Zugang zu rechtlichen Strukturen verwehrt. Streiks, Ausschreitungen und rassistische Gewaltakte gegen Geflüchtete und Helfer*innen sind bittere Realität. Erst nach massivem gesellschaftlichen Druck erklärten CDU und SPD im Bund, mit einer europäischen „Koalition der Willigen“ insgesamt 1.600 Kinder aufnehmen und in der EU verteilen zu wollen. Dieser Minimalkonsens kann nicht die vielbeschworene „europäische Lösung“ sein und bleibt weit hinter dem notwendigen Unterstützungsbedarf, aber auch der Hilfsbereitschaft und den vorhandenen Kapazitäten auch hier in NRW zurück. Viele Kommunen wollen nicht länger tatenlos zuschauen und haben sich bereit erklärt, besonders Schutzbedürftige aus den griechischen Camps zu versorgen. Für rasche humanitäre Hilfe und die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse ist ein bundesweites Sofortaufnahme-Programm notwendig. Dies haben wir unter anderem in einer Pressekonferenz mit dem Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) und Johannes Gaever von der „Seebrücke“ sowie in einem Plenarantrag gefordert. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag ab. Selbst die SPD-Fraktion versteckte sich hinter dem mickrigen Minimalkonsens der Großen Koalition. Wir werden nicht aufhören, auf die Lage der Geflüchteten auf den griechischen Inseln hinzuweisen und fordern die schwarzgelbe Landesregierung auf, sich an die Seite ihrer solidarischen Kommunen zu stellen. Ministerpräsident Laschet und sein Flüchtlings- und Familienminister Stamp müssen sich beim Bund dafür einsetzen, dass NRW-Kommunen besonders schutzbedürftige Geflüchtete aufnehmen dürfen.

Berivan.Aymaz@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik

GRÜNE NOVELLE

EIN UPDATE FÜR DEN DENKMALSCHUTZ



Denkmäler sind kulturelles Erbe, identitätsstiftend und prägen unsere Ortsbilder. Es ist deshalb wichtig, sie für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Geregelt wird dies durch das Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW). Dieses Gesetz braucht in zwei Punkten dringend ein Update. Wir haben daher einen Entwurf für eine Novelle in den Landtag eingebracht. Mit unserem Gesetzentwurf verfolgen wir im Wesentlichen zwei Ziele:

Die Nutzung und der Erhalt denkmalgeschützter Gebäude ist besonders dann attraktiv, wenn dies auch wirtschaftlich ist – die Gebäude also zum Beispiel über eine zeitgemäße Infrastruktur verfügen. Dazu gehört auch eine energetische Optimierung, zum Beispiel durch eine verbesserte Dämmung oder den Einsatz von Photovoltaik. Wir wollen daher die energetische Sanierung und die Erzeugung von Erneuerbaren Energien für Denkmalschutzobjekte vereinfachen. Dazu wollen wir den Ermessensspielraum der unteren Denkmalschutzbehörden bei Genehmigungen nach § 9 DSchG NRW (erlaubnispflichtige Maßnahmen) nach hessischem Vorbild so präzisieren, dass die Belange von Klima- und Ressourcenschutz zukünftig besonders berücksichtigt werden müssen.

Siedlungen, Befestigungsanlagen, aber auch Verkehrswege sowie versteinerte Pflanzen und Tiere sind Beispiele für Bodendenkmäler. Das aktuelle Denkmalschutzgesetz gewährleistet ihren Erhalt aber nicht, wenn diese sich in Abgrabungsgebieten befinden. Im Rheinischen Braunkohlerevier werden derzeit nur rund fünf Prozent der Tagebauflächen archäologisch untersucht, bevor mögliche archäologische Fundstellen unwiederbringlich dem Bagger zum Opfer fallen. Wir wollen, dass potenziellen Bodendenkmäler in Zukunft zuverlässig dokumentiert und, wenn nötig und möglich, geborgen werden. Die Kosten dafür soll – wie in allen anderen Fällen – der Veranlasser (hier RWE) übernehmen. Dazu wollen wir eine Ausnahmeregelung streichen, die Grabungsunternehmen in NRW bislang bevorzugt, und die heute schon nach § 29 DSchG NRW vorgesehene Kostenübernahme nach dem Veranlasserprinzip sicherstellen.

Johannes.Rommel@landtag.nrw.de,
Sprecher für Stadtentwicklung

„Flatten the Curve“

DIE AUSBREITUNG DER PANDEMIE VERLANGSAMEN

Das neue Corona-Virus „SARS-CoV-2“ verändert unser aller Leben auf eine nie dagewesene einschneidende Weise. Es gibt keinen normalen Alltag mehr, jede und jeder ist in irgendeiner Form betroffen und das öffentliche Leben ist zum Erliegen gekommen. Wenn diese Ausgabe von GRÜN.KOMMT erscheint, haben hoffentlich die Maßnahmen gewirkt, die zwischenmenschliche Kontakte jetzt weitestgehend einschränken. Nur wenn über eine längere Zeit die direkten Begegnungen von Menschen massiv reduziert werden, gibt es eine Chance, dass sich die Ausbreitung der Pandemie verlangsamt und unser Gesundheitssystem nicht komplett überlastet wird. Daher unterstützen wir das weitgehende Kontaktverbot.

CORONA-V

Aber auch wenn sich die Pandemie abgebremsst ausbreitet, bleibt unser Gesundheitssystem enorm beansprucht. Oberste Priorität müssen die Gesundheit der Bevölkerung und ihre Versorgung haben. Dafür müssen jetzt alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert werden, sowohl beim Personal als auch beim Schutzmaterial und bei den Bettenkapazitäten der Krankenhäuser.

Unsere Demokratie ist handlungsfähig

Mit den ergriffenen Maßnahmen zu Kontaktverboten sind massive Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten verbunden. Das ist derzeit in der Abwägung auch aus unserer Sicht verhältnismäßig, weil der Staat auch den Schutz der Gesundheit aller im Blick haben muss. Aber alle Eingriffe in Freiheitsrechte müssen befristet sein und immer wieder auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Demokratien haben Mechanismen, um einerseits schnell handlungsfähig zu sein, aber sie haben auch die Fähigkeit, das eigene Handeln immer wieder zu überprüfen, Fehler zu erkennen und notwendige Korrekturen vorzunehmen. Daher sind wir gut gerüstet im Umgang mit einer so weitreichenden Krise. Wir sollten dabei auch übliche Rollenmuster zwischen Regierung und Opposition außer Kraft setzen, um mit einer konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit bestmöglich zu agieren. Diesem Anspruch stellen wir uns und übernehmen als Grüne im NRW-Landtag staatspolitische Verantwortung. Wir unterstützen die Landesregierung, damit Hilfe schnellstmöglich ankommt, benennen aber auch Defizite und Vorschläge zur

Verbesserung der Lage. Auch Rechthaberei oder Überbietungswettbewerbe zwischen den Ländern bringen uns nicht weiter, sondern abgestimmte und transparente Entscheidungen.

Die Wirtschaft braucht einen Rettungsschirm

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Wirtschaft sind nicht vergleichbar mit vergangenen Krisen wie der Bankenkrise. Jetzt sind nicht nur systemrelevante Banken betroffen, sondern die gesamte Realwirtschaft: Vom Solo-Selbständigen über die Kulturschaffenden, den Dienstleistungsgewerben bis hin zum Mittelstand und großen Unternehmen, deren Produktionen aufgrund lückenhafter Lieferketten zum Stillstand kommen. Beschäftigte fürchten sich vor Kündigungen, durch Kurzarbeit drohen Lohneinbußen, Minijobber*innen, unter anderem Studierenden, brechen zum Teil existenzielle Einnahmen weg.

Der Staat muss jetzt mit weitreichenden Rettungspaketen auch die kommende Insolvenzwelle eindämmen. Wir unterstützen den Rettungsschirm der NRW-Landesregierung in Höhe von 25 Milliarden Euro. Finanzielle Spielräume zu nutzen, ist dabei das eine – das Geld zielgerichtet und schnell dorthin zu bringen, wo es gebraucht wird, das andere und die weitaus größere Herausforderung. Auch müssen wir jetzt schon die Weichen für die Zeit nach der Krise stellen. Wir werden nachhaltige Investitionsprogramme und Konjunkturlösungen benötigen, die auch die Bedarfe im Klimaschutz und für die Energiewende im Blick haben müssen.



Soziale Infrastruktur stärken

Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen auch unsere sozialen Versorgungsstrukturen besonders hart: Überlastete Frauenhäuser aufgrund steigender häuslicher Gewalt, zunehmende Inobhutnahmen, geschlossene Tafeln oder Notunterkünfte für Wohnungslose, die nicht mehr voll belegt werden können – die soziale Infrastruktur kommt an ihre Grenzen und muss gestärkt werden. Beratungsangebote, die gerade in der Krisenzeit für viele Menschen besonders wichtig sind, müssen telefonisch und online fortgesetzt werden können. Das Land kann die Städte und Gemeinden damit nicht allein lassen und muss gemeinsam mit den Kommunen nach Lösungen suchen und auch mit einem finanziellen Rettungsschirm unbürokratisch helfen. Wegen sinkender Steuereinnahmen in Milliardenhöhe und höheren Ausgaben drohen Kassenkredite, vor allem von finanzschwächeren Kommunen, zu explodieren. Jetzt rächt sich, dass für Altschulden der Kommunen keine Lösung gefunden wurde. Kurzfristig muss das Land den Städten und Gemeinden Zugang zu zinslosen Krediten zur Finanzierung ihrer Aufgaben gewähren, Finanzhilfen leisten und das Haushaltsrecht entschärfen. Die Kassenkredite zur Abmilderung der Folgen der Corona-Krise sind in das Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank aufzunehmen oder anderweitig abzubauen – sonst droht der Zusammenbruch der Kommunen.

Heute schon für die Zeit nach der Krise Vorsorge treffen

Auch wenn unser Gesundheitssystem im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut aufgestellt ist, so merken wir doch,

dass wir auf eine derartige Krise nicht ausreichend vorbereitet waren. Der öffentliche Gesundheitsdienst in den Kommunen ist unterfinanziert und Ärzte und Ärztinnen sowie das Pflegepersonal in den Kliniken sind schon im „Normalbetrieb“ überlastet. Die Personalnot in den Pflegeberufen hat auch etwas damit zu tun, dass die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung nicht angemessen sind. Wir müssen das Gesundheitssystem nachhaltig stärken, indem wir die Berufe attraktiver machen. Dies heißt vor allem mehr Personal, mehr technische und digitale Unterstützung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und echte Entlastung von Bürokratie. All das kostet Geld, das es sich lohnt zu investieren. Wir müssen aus der Krise lernen und eine Pandemiestrategie entwickeln. Dazu gehört, dass wir ausreichend Schutzausrüstung vorhalten und die Gesundheitsämter besser ausstatten und qualifizieren. Die Berufe, die jetzt in der Krise uns alle versorgen und unsere Gesellschaft zusammenhalten, müssen mehr Wertschätzung erfahren – auch hinsichtlich ihrer Entlohnung. Aber auch das vielfältige freiwillige Engagement im Katastrophenschutz zeigt uns, dass wir weiterarbeiten müssen an der Stärkung des Ehrenamtes in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Unser Dank gilt allen, die in diesen schwierigen Zeiten unsere Infrastruktur und unsere Versorgung aufrechterhalten!

Monika.Dueker@landtag.nrw.de,
Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
Fraktionsvorsitzende

DER ANSCHLAG VON HANAU

RASSISMUS ENTSCHIEDEN BEKÄMPFEN

Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Said Hashemi, Ferhat Unvar, Vili Viorel Păun, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Gökhan Gültekin sind am 19. Februar 2020 bei einem rechtsterroristischen Anschlag grausam ermordet worden. Der Täter tötete auch seine Mutter. Dieses schreckliche Verbrechen erschüttert uns zutiefst, unsere aufrichtige Anteilnahme gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

Das Motiv des Täters war eindeutig Rassismus. Er wird einem neuen rechtsterroristischen Tätertypus zugeordnet, der zwar nicht in rechtsextreme Organisationen eingebunden ist, sich aber virtuell in einem Raum, wo rechtsextreme, rassistische, antisemitische, islamfeindliche und auch frauenfeindliche Ideologien mit Verschwörungstheorien vermischt werden, mit Gleichgesinnten vernetzt. Der Anschlag von Hanau hätte überall dort passieren können, wo die Diversität unserer Gesellschaft sichtbar ist. Die Tat zeigt, wie verletzlich Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen tatsächlich sind.

Auch müssen wir feststellen, dass es eine Kontinuität rechtsextremer Gewalt in Deutschland gibt. Die Brandanschläge zu Beginn der 1990er-Jahre, die NSU-Verbrechen, der Mord an Dr. Walter Lübcke, die Anschläge von München, Halle und nun Hanau zeigen, wie groß die Gefahr ist, die vom Rechtsextremismus ausgeht.

Dieser Gefahr müssen wir endlich mit wirksamen Maßnahmen begegnen. Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht und fordern darin ein Gesamtkonzept der Sicherheitsbehörden gegen Rechtsterrorismus. Dies soll unter anderem eine kritische Überprüfung der Anzahl rechtsextremer Gefährder und ein Instrument zur Risikobewertung rechtsextremer Terroristen umfassen. Zudem fordern wir unter anderem eine*n Rassismusbeauftragte*n und ein Lagebild Rechtsextremismus. Diese Forderungen sehen wir als Ergänzung zu unserem Maßnahmenkatalog, den wir bereits im November eingebracht haben. Wir hoffen, die Landesregierung greift zumindest einige dieser Maßnahmen auf, und werden selbstverständlich weiter engagiert gegen Rechtsextremismus und Rassismus kämpfen.

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

FRAKTION VOR ORT

ERINNERUNGSKULTUR WACHHALTEN

Vor 75 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Vernichtungslager Auschwitz befreit. Diesen Jahrestag hat die Fraktion zum Anlass genommen, Erinnerungsorte zu besuchen und vor Ort der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Die Abgeordneten besuchten Gedenk- und Bildungsstätten, NS-Dokumentationszentren, Synagogen und Jüdische Friedhöfe an zwölf Orten in ganz Nordrhein-Westfalen. Die Gedenkstätten im Land verzeichnen seit Jahren steigende Besucherzahlen. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und dem Terror des NS-Regimes ist ein wichtiger Beitrag zur historischen Bildung und Demokratieerziehung. Aber sie steht dabei auch konzeptionell vor großen Herausforderungen. Denn Zeitzeug*innen verlassen uns leider und auch die Frage nach einer Erinnerungskultur in einer pluralen Gesellschaft erfordert neue Perspektiven und Ansätze. Für die jüngere Generation brauchen wir neue innovative, digitale Vermittlungskonzepte.

In den letzten Jahren ist immer wieder über die Frage, wie wir die Erinnerung wachhalten, debattiert worden. Denn der politische Konsens „Nie wieder!“ gerät in Gefahr. Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist auch in NRW nach wie vor hoch. Wir müssen uns den Versuchen von Rechtspopulist*innen und Rechtsradikalen, die Erinnerungskultur infrage zu stellen, entschieden entgegenstellen. Die Forderung, einen Schlussstrich zu ziehen, wo es keinen geben kann, ist ein Angriff auf die Demokratie.

Nach den bewegenden Besuchen halten wir einstimmig fest: Wir werden der Opfer des Nationalsozialismus gedenken und jeden Tag Haltung zeigen gegen Antisemitismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit. Wir sind sehr glücklich, dass es heute wieder jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen gibt. Wir Demokrat*innen sind in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass Jüdinnen und Juden sowie andere gesellschaftliche Minderheiten vor Diskriminierung, Anfeindungen und Übergriffen geschützt werden. Deshalb setzen wir uns unter anderem dafür ein, eine Dunkelfeldstudie zu Antisemitismus in NRW durch externe Wissenschaftler*innen in Auftrag zu geben.

Josefine.Paul@landtag.nrw.de,
Fraktionsgeschäftsführerin

ENQUETEKOMMISSIONEN

Gemeinsam beraten für die besten Lösungen

Um Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe vorzubereiten, kann der Landtag von Nordrhein-Westfalen Enquetekommissionen einsetzen. Gemeinsam mit externen Sachverständigen, zum Beispiel Wissenschaftler*innen, widmen sich die Abgeordneten hier langfristigen Beschlussfassungen des Landtags. Das Ergebnis ist ein Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen, der oft mehrere hundert Seiten umfasst. Grundlage für die in der Regel auf zwei Jahre begrenzte Dauer dieser Gremien sind vor allem regelmäßig stattfindende Anhörungen und die dazugehörigen mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen von Expert*innen sowie optional zu vergebende Gutachten.

Zurzeit gibt es fünf Enquetekommissionen im Landtag.

Auf Antrag unserer Fraktion wurde die **Enquetekommission „Brexit: Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“** einberufen.

Die Kommission hat das Ziel, die Auswirkungen und Folgen des Austritts Großbritanniens aus der EU auf NRW in den zahlreichen betroffenen Bereichen wie Verbraucher- und Umweltschutz, Wirtschaft und Kultur zu untersuchen. Auch kommunale Beziehungen wie Städtepartnerschaften oder Kooperationen zwischen nordrhein-westfälischen und britischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen in den Blick genommen und entsprechende Handlungsempfehlungen aufgestellt werden. NRW ist damit das einzige Bundesland, das den Austrittsprozess und dessen Folgen so konsequent parlamentarisch begleitet. Den Vorsitz führt unser Abgeordneter Stefan Engstfeld.

Im Sommer 2018 wurde die Enquetekommission **„Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“** auf Antrag der SPD eingesetzt. Sie hat den Auftrag, die Herausforderungen für die Arbeitswelt zu identifizieren und zukunftsweisende Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um die Chancen, die mit der digitalen Transformation verbunden sind, zu nutzen. Es wird außerdem immer klarer, dass der Kern einer erfolgreichen Digi-

talisierung in der Stärkung der Qualifizierung und Weiterbildung der Menschen liegt. Für uns arbeitet Matthi Bolte-Richter in dieser Kommission mit.

Die dritte Kommission **„Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“** widmet sich auf Antrag der CDU den Fragen wie politische Bildung abgesichert und ausgeweitet werden kann und wie Partizipationsmöglichkeiten von Bürger*innen spürbar verbessert werden können – beispielsweise durch weniger Hürden und mehr Beteiligungsmöglichkeiten. In Zeiten von Globalisierung und digitaler Transformation muss Demokratiebildung stärker in den Fokus rücken und fester Bestandteil des Alltags werden. Ein Schwerpunkt der Enquetearbeit liegt auf der Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Ehrenamt. Den Grünen Sitz hat auch hier Matthi Bolte-Richter inne.

Zwei weitere Enquetekommissionen sind erst in den vergangenen Monaten eingesetzt worden:

Die auf Initiative der FDP einberufene Kommission **„Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“** will die Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft aufzeigen. Zudem soll geprüft werden, wie mittelständische Betriebe gestärkt und hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam gesichert werden können. Hier berät Norwich Rübe im Namen der Grünen Fraktion mit.

Die Kommission **„Einsamkeit“** auf Antrag der AfD beschäftigt sich mit der Bekämpfung der sozialen Isolation in NRW und den daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit. Die Grüne Fraktion wird hier vertreten von Arndt Klocke.

Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Parlamentarische Geschäftsführerin

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.



IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Verena Schäffer MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2180
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Redaktion:
Iren Gabriel
Katharina Bons

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 2, 3r, 7: Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag - S. 3l: Jörn Neumann@flickr - S. 5: Katharina Bons@GRÜNE im Landtag - S. 6l: Firat Yaksan@GRÜNE im Landtag

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Horst-Dieter Heidenreich, Jennifer Hüttenhölischer, Hasret Karacuban, Freya Kuhn

Stand: März 2020

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.